



# Barthle-Brief

Nr. 55

**Berlin aktuell**  
Die Woche im Bundestag

9.9.2016

Thema der Woche:

## **„Deutschland wird Deutschland bleiben.“ Bundeskanzlerin Angela Merkel resümiert die vergangenen 12 Monate**

Den Höhepunkt der derzeit stattfindenden Haushaltswoche bildet traditionell die Generalausprache zur Regierungspolitik mit Bundeskanzlerin Merkel. Sie stellte klar: Deutschland hat in den letzten zwölf Monaten sehr viel erreicht. Ängste und Sorgen in der Bevölkerung nehme man wahr und versuche, verlorengangenes Vertrauen zurückzugewinnen. Hinter uns liegt ein Jahr voller Entscheidungen, sagte Merkel und wies auf die zahlreichen gesetzlichen Regelungen und Maßnahmen hin, die getroffen wurden. Darunter die grundlegend veränderten Abläufe im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Asylgesetze, bei denen die Regierung mit Bund und Ländern gemeinsame Lösungen gefunden hätte, höhere Investitionen in den Wohnungsbau, mehr Gelder für Länder und Kommunen, eine gestärkte Sicherheitsstruktur und vieles mehr. Dies sei eine nationale Kraftanstrengung gewesen.

Die Bundeskanzlerin verwies zudem auf weitere Erfolge. So gebe es zum ersten Mal ein Bundesintegrationsgesetz. Dabei gehe es um das Erlernen der Sprache, um das Kennenlernen der Rechtsordnung und der Kultur unseres Landes. Es gebe Integrationskurse für Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive. Es gebe Angebote für alle, und es gebe auch Sanktionen, wenn diese Angebote nicht genutzt würden.

Weiterhin ging die Kanzlerin auf aktuelle Herausforderungen in der Außenpolitik ein. So konstatierte sie, dass die Solidarität innerhalb Europas noch verbessert werden müsste. Dies gelte vor allem in Hinblick auf die Situation der Flüchtlinge und der Geschehnisse in Syrien. Beim Thema Türkei verwahrte sich die Bundeskanzlerin gegen Kritik und machte deutlich,

dass Menschenrechtsverletzungen beim Namen genannt würden. Zudem sei das Abkommen mit Ankara als Modell für ähnliche Abkommen etwa mit Ägypten, Tunesien oder Libyen zu sehen, um in Zukunft noch stärker gegen Schlepperbanden kämpfen zu können. Auch in Afrika müsse man sich jedoch noch stärker engagieren, um Migrationsbewegungen bewältigen zu können.

Das Thema innere Sicherheit stand ebenso im Fokus der Generaldebatte. Hier führte die Kanzlerin aus, dass Terrorismus kein neues Problem sei, das erst mit den Flüchtlingen gekommen wäre. „Weil aber auch nicht jeder Flüchtling in guter Absicht kommt, werden wir weitere Maßnahmen ergreifen, um die öffentliche Sicherheit in Deutschland zu stärken. Die Menschen dürfen von uns verlangen, dass wir das Menschenmögliche tun, um ihre Sicherheit zu gewährleisten.“

ten Kurznachrichten Kurznachrichten

### Beschlüsse der CDU/CSU-Klausurtagung

Im Zeichen der inneren Sicherheit stand auch die Klausurtagung der CDU/CSU-Fraktion am 1. und 2. September. So wurde ein 12-Punkte-Programm zur Stärkung der inneren Sicherheit beschlossen, das Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene vorsieht. Beispielsweise soll die Bundespolizei bis 2020 um rund 7000 weitere Beamte verstärkt werden – nachdem bereits in dieser Legislaturperiode 4600 neue Stellen bei Bundespolizei, Bundeskriminalamt und Verfassungsschutz geschaffen wurden.

Außerdem sollen bis zu 400 Cyber-Ermittler die Zentrale Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich bilden. Im Kampf gegen den islamistischen Terror wurden bereits zahlreiche Maßnahmen realisiert. So werden Reisen in terroristischer Absicht durch Passenzug unterbunden und unter Strafe gestellt. Auch die Überwachung und der Einzug von Vermögen aus kriminellen Taten wurden erleichtert. Geplant sind die effektivere Überwachung von Islamisten und der Zugriff auf deren verschlüsselte Kommunikation. Im Kampf gegen die organisierte Kriminalität soll die Schleierfandung intensiviert werden, und die sozialen Medien und Messenger-Dienste sollen zur Speicherung von Nutzerdaten verpflichtet werden. Weitere Beschlüsse der Klausurtagung zielen auf einen verbesserten Schutz des Eigentums, etwa durch die Förderung von Umbaumaßnahmen zum Schutz vor Einbruch. Auf internationaler Ebene soll der Schutz der europäischen Außengrenzen gestärkt werden, das Anti-Terror-Zentrum Europol gestärkt und die Zusammenarbeit der Behörden in Europa intensiviert werden. Weitere Beschlüsse der Klausurtagung beinhalten die Rolle der Bundeswehr in der NATO und fünf Initiativen zur Stärkung der Digitalisierung in Bildung, Wissenschaft und Forschung.

### Wahl in Mecklenburg-Vorpommern

CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender Kauder hebt hervor, dass die Landtagswahl für die CDU enttäuschend verlaufen sei. Allerdings haben alle Parteien spürbar an die Protestparteien verloren. Gleichwohl gebe die Union auf die Sorge der Bürger in Bezug auf die Flüchtlingsfrage eine klare Antwort: Eine solche Situation wie im letzten Jahr werde sich nicht mehr wiederholen. Daran arbeite die CDU seitdem mit aller Entschlossenheit auf nationaler und internationaler Ebene: „Dazu gehört auch die Zusammenarbeit mit der Türkei, einem Partner, bei dem wir nicht mit allen Aktivitäten einverstanden sind. Wir haben national das Asylrecht verschärft, wir stellen Milliarden für die Integration zur Verfügung, wir lassen Flüchtlinge früher arbeiten.“ Allerdings bleibe noch einiges zu tun. Bei der Rückführung der abgelehnten Asylbewerber müssten Bund und Länder ihre Anstrengungen verstärken, und der Schutz der

EU-Außengrenzen müsse intensiviert werden. „Schließlich müssen wir unsere Erfolge auch besser kommunizieren, denn die Zahl der zu uns kommenden Flüchtlinge ist seit dem Frühjahr deutlich gesunken. Wir lassen uns den Mut nicht nehmen und packen weiter an, auch um die Wahlkämpfe in Niedersachsen und in Berlin zu unterstützen.“ Die Union sei und bleibe die Kraft, die die besten Antworten auf die vielen Herausforderungen unserer Zeit habe.

### Bundeshaushalt bis 2020 bleibt ausgeglichen

Am 6. September stellte Bundesfinanzminister Schäuble den Entwurf des Haushaltsgesetzes 2017 der Bundesregierung und den Finanzplan des Bundes 2016 bis 2020 vor. Demnach bleibt der Bundeshaushalt in jedem Jahr bis 2020 ausgeglichen, wobei im kommenden Jahr eine Einnahmen- und Ausgabensteigerung von jeweils 3,7 Prozent auf 328,7 Mrd. EUR geplant ist. Die gesamtstaatliche Schuldenstandsquote wird in diesem Jahr voraussichtlich unter 70 Prozent des Bruttoinlandsprodukts sinken und soll bis zum Jahr 2020 unter die Maastricht-Grenze von 60 Prozent fallen. Das wäre dann das erste Mal seit dem Jahr 2002.

### Die Etats im Einzelnen

Bundesministerium des Innern: Die Ausgaben für die innere Sicherheit sollen bis 2020 deutlich um insgesamt fast 2,6 Mrd. EUR aufgestockt werden.

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz: Die Ausgaben sollen um gut 10 Mio. EUR auf 735 Mio. EUR sinken.

Bundesministerium für Bildung und Forschung: 2017 stehen im Regierungsentwurf knapp 17,6 Mrd. EUR zur Verfügung. Gegenüber 2016 ist dies ein Aufwuchs von rund 1,2 Mrd. EUR.

Auswärtiges Amt: Die Ausgaben sinken laut Regierungsentwurf um 4,3 Prozent auf 4,6 Mrd. EUR.

Bundesministerium der Verteidigung: Angesichts wachsender internationaler Gefahren wird der Verteidigungshaushalt im Regierungsentwurf im kommenden Jahr um 1,7 Mrd. EUR auf rund 36,6 Mrd. EUR angehoben.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Die Ausgaben sollen im Haushaltsjahr 2017 rund 8 Mrd. EUR betragen.

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie: Der Regierungsentwurf sieht für 2017 Ausgaben von rund 7,4 Mrd. EUR vor.

Bundesministerium für Gesundheit: Der Regierungsentwurf enthält Ausgaben von insgesamt rund 15,1 Mrd. EUR.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Die Ausgaben des größten Bundesetats sollen um 6,7 Prozent auf 138,6 Mrd. EUR ansteigen.

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft: Der Regierungsentwurf sieht 2017 einen Ausgabenanstieg um rund 301 Mio. EUR auf rund 5,9 Mrd. EUR vor.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Der Einzelplan steigt auf rund 9,2 Mrd. EUR.

Bundesministerium für Verkehr und Digitale Infrastruktur: Die Ausgaben sollen 2017 um 9,2 Prozent auf rund 26,8 Mrd. EUR ansteigen.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit: Insgesamt sollen 5,45 Mrd. EUR bereit stehen.

### Staatsakt für Walter Scheel

Am 7. September fand in der Berliner Philharmonie der Staatsakt für den am 24. August verstorbenen Bundespräsidenten a. D. Walter Scheel statt. Zum Staatsakt wurden circa 2.200 Personen eingeladen, zahlreiche Gäste davon auf Wunsch der Familie. Zum Kreis der von staatlicher Seite Eingeladenen gehören auch die derzeitigen und ehemaligen Repräsentanten der Verfassungsorgane des Bundes, die derzeitigen und ehemaligen Mitglieder der Bundesregierung, alle Mitglieder des Deutschen Bundestages und die deutschen Mitglieder des Europäischen Parlaments sowie zahlreiche Vertreter von Kirchen, Religionsgemeinschaften und von Dachverbänden aus Wirtschaft und Kultur. Im Rahmen der Trauerfeier würdigten Bundespräsident Gauck und Bundesminister Steinmeier die Verdienste Walter Scheels.

### Zitat

«Mit seinem Engagement für die Bürger, seinem Gespür für die Bedeutung eines geeinten Europas und seinem Eintreten für Frieden und Demokratie hat er sich ein bleibendes Andenken bei den Menschen in unserem Land erworben.»

*(Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich des Todes von Walter Scheel)*